



13. JUNI 1996

REDE DES VORSITZENDEN DER CDU, HELMUT KOHL, VOR
DEM WIRTSCHAFTSRAT DER CDU IN BONN

I.

Sehr geehrter Herr Dr. Murmann,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin heute abend gerne zu Ihnen gekommen, um Ihnen für Ihre Arbeit und Ihr konsequentes Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland zu danken. Mein besonderer Dank gilt dem ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder des Wirtschaftsrates. Die vorbildliche Einstellung von Menschen, die über das gewöhnliche Maß hinaus Leistungen erbringen und sich aktiv für ihre Überzeugungen einsetzen, muß in der Öffentlichkeit stärker anerkannt werden. Sie zählen damit zu den Leistungseliten unseres Landes. Meinen Dank für Ihren Einsatz, meine Damen und Herren, verbinde ich mit einem Appell gerade an die Jungunternehmer unter Ihnen. Beschränken Sie Ihr Engagement nicht allein auf das eigene Unternehmen. Unternehmerischer Erfolg ist untrennbar verbunden mit einem aufgeschlossenen gesellschaftlichen Umfeld. Als Unternehmer ist es deshalb unverzichtbar, auch in Politik und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft mitzugestalten.

Meine Damen und Herren, mit dem Schwerpunkt Europa hat sich der Wirtschaftstag 1996 ein ganz wichtiges und aktuelles Thema gewählt. Gerade in diesen Tagen können wir jedoch nicht über die europäische Einigung sprechen, ohne an die Hausaufgaben zu denken, die wir auf dem Weg dorthin in unserem eigenen Lande erledigen müssen. Wir haben alle Chancen, dabei erfolgreich zu sein. Im Ausland erwartet man dies ganz selbstverständlich. François Mitterrand hat vor einiger Zeit sinngemäß gesagt: Es ist wahr, die Deutschen haben jetzt große Probleme. Aber sie werden sie meistern, sonst wären sie nicht die Deutschen, und sie werden danach stärker sein als zuvor. Ludwig Erhard hat uns für die Lösung unserer Probleme mit der Sozialen Marktwirtschaft ein bewährtes Erfolgsrezept an die Hand gegeben.

Am 4. Februar des kommenden Jahres feiern wir seinen 100. Geburtstag. Dies ist eine gute Gelegenheit, an die großartige Leistung dieses Mannes zu erinnern.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Gesellschaftsordnung der Freiheit und des menschlichen Miteinanders. Beides gehört untrennbar zusammen.

Diese feste Verbindung war die Grundlage für den raschen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und sie ist der Kompaß für den zweiten großen Aufbruch unseres Landes an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Wir werden uns nicht beirren lassen von falschen Propheten, die von Zeit zu Zeit ihr Wort erheben und gelegentlich auch in renommierten Zeitungen die reine Lehre predigen, in der das Wort sozial nicht mehr vorkommt. Solchen Bestrebungen erteile ich eine entschiedene Absage. Wir sind und bleiben Anhänger Ludwig Erhards.

II.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftstag 1996 des CDU-Wirtschaftsrates findet in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland statt. In der vergangenen Woche haben anläßlich der Frühjahrskonferenz der NATO in Berlin nur wenige Kilometer von der Stelle entfernt, an der die Mauer früher Deutschland und Europa in zwei Teile zerrissen hatte die Außenminister des Nordatlantischen Bündnisses mit ihren Kollegen der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der GUS darüber gesprochen, wie wir das Miteinander in einem demokratischen Europa der Zukunft gestalten können. Vor einigen Monaten war ich zusammen mit meinen Kollegen aus der Europäischen Union in Bangkok zu Gast bei den asiatischen Staats- und Regierungschefs. Die nachhaltigen Gewichtsverlagerungen, die in der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben, waren dort mit Händen zu greifen. Wenn zum Beispiel die Volksrepublik China mit weit über einer Milliarde Menschen in die internationale Wirtschaft eintritt, dann hat dies auch für unser Land tiefgreifende Konsequenzen.

Ich habe den Eindruck, daß viele die Auswirkungen dieser Entwicklungen für unser Land noch nicht genügend zur Kenntnis genommen haben. Wir leben in Deutschland noch von der großartigen Leistung der Gründergeneration unserer Republik, jener Männer und Frauen, die nach den schrecklichen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges nicht verzagt, sondern den Neuanfang gewagt und mit Mut zur Zukunft unser Land wieder aufgebaut haben. Manche, die heute Verantwortung tragen, sollten einmal innehalten und sich fragen, ob sie mit ihrem Handeln vor den Augen künftiger Generationen ebenso bestehen können. Ganz konkret bedeutet dies zum Beispiel, eine Antwort auf die drängende Frage zu geben, wie wir neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und die unakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit von fast vier Millionen Menschen durchgreifend bekämpfen können.

Großangelegte Demonstrationen und markige Ankündigungen eines "heißen Sommers" sind kein Beitrag zur Lösung dieser zentralen innenpolitischen Aufgabe. Natürlich ist es ein selbstverständliches Freiheitsrecht in Deutschland, gegen etwas zu demonstrieren. Unser Grundgesetz läßt es sogar zu, auch einmal für etwas zu demonstrieren. Wahr ist und bleibt aber: Mehr Arbeitsplätze lassen sich nicht erstreiken, sie müssen erwirtschaftet werden. Und ich habe den Eindruck, daß viele, die jetzt demonstrieren, das Augenmaß und das Gespür für die sozialen Realitäten in unserem Land verloren haben.

Tatsache ist: Der Sozialstaat ist nicht in Gefahr. Die größte soziale Ungerechtigkeit ist es, wenn Menschen, die arbeiten wollen, keinen Arbeitsplatz finden. Deshalb brauchen wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zugunsten derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Dazu gehören Erleichterungen bei befristeten Arbeitsverhältnissen und beim Kündigungsschutz. Wir müssen auch wieder dem selbstverständlichen Grundsatz Geltung verschaffen, daß Arbeit sich mehr lohnen muß als Nichtarbeit. Deshalb führen wir einen Abschlag bei der Sozialhilfe ein für Sozialhilfeempfänger, die eine zumutbare Arbeit ablehnen. Und wir können es uns nicht länger leisten, als einziges Land der Welt im Krankheitsfall weiterhin 100 Prozent des Lohns oder des Gehalts zu ersetzen.

Es hat auch nichts mit einem angeblichen sozialen Kahlschlag zu tun, wenn wir die weitere Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages um zwölf Monate verschieben, nachdem wir beides und dies wird häufig vergessen zu sagen bereits in diesem Jahr massiv um insgesamt sieben Milliarden D-Mark erhöht haben. Die Kosten für Kuren sind in den vergangenen Jahren dramatisch gestiegen, ohne daß es dafür eine medizinische Erklärung gibt. Diese Kostenexplosion muß gestoppt werden, weil sie die Lohnzusatzkosten in die Höhe treibt. Wir haben einen weltweit nahezu einzigartigen Urlaubsanspruch von durchschnittlich 30 Arbeitstagen. Da ist eine Teilanrechnung von Kuren auf den Urlaub doch zumutbar!

III.

Meine Damen und Herren, wer all dies zum Anlaß für Kampagnen und Großdemonstrationen nimmt, hat immer noch nicht begriffen, worauf es ankommt. Arbeitslose müssen bessere Beschäftigungschancen erhalten. Der Sozialstaat muß reformiert werden, damit er auch in Zukunft leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Das Ausgabenwachstum des Staates muß gebremst werden, damit Steuern und Abgaben sinken können und unsere Kinder und Enkel nicht mit Zinsen für unsere Schulden überlastet werden. Aus all diesen Gründen ist es notwendig, die Politik der Standortversicherung entschlossen fortzusetzen.

Eine Stärke des Standortes Deutschland ist das hohe Maß an sozialem Miteinander. Dazu gehören starke Gewerkschaften und starke Unternehmerverbände, die die Tarifautonomie verantwortungsbewußt und im Klima gegenseitiger Achtung ausüben. Ich wünsche mir, daß die Gesprächsbasis der Tarifpartner nicht abbricht und bei allen streitigen Fragen auch die Gespräche zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften weiter fortgesetzt werden. Es gibt jedoch Situationen, in denen Konsens nicht erzielt werden kann. Dann ist es notwendig, allein Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen. Großkundgebungen sind kein Ersatz für politisches Handeln. Deutschland ist eine Demokratie und kein Verbändestaat. Ich stelle mich meiner politischen Verantwortung. Dies ist meine Pflicht. Darin werde ich mich auch nicht durch Demonstrationen beirren lassen.

Ich erinnere mich in diesen Tagen gelegentlich an die Versammlung mehrerer hunderttausend Menschen 1983 in Bonn, die hier ihren Protest gegen den NATO-Doppelbeschluß zum Ausdruck brachten. Natürlich habe ich mich damals gefragt, ob ich wirklich auf dem richtigen Weg bin. Die Geschichte hat gezeigt, daß das konsequente Festhalten am Doppelbeschluß der NATO notwendig und richtig war. Wäre die Bundesrepublik Deutschland in dieser für unsere Zukunft entscheidenden Frage aus dem Verbund der NATO ausgestiegen, wäre der Zerfall des Bündnisses unausweichlich gewesen. Es wäre nicht zur Abrüstung gekommen. Das kommunistische Imperium in Osteuropa wäre nicht in sich zusammengebrochen. Und es wäre mit absoluter Sicherheit auch nicht zur deutschen Einheit gekommen.

Heute kommt es angesichts von vier Millionen Arbeitslosen darauf an, mit Entschlossenheit und Standfestigkeit das Richtige zu tun, damit diese Menschen wieder eine Chance auf Beschäftigung erhalten. Die Bundesregierung handelt. Im Januar 1996 haben wir das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vorgelegt und dies im April durch das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung konkretisiert und fortentwickelt. Unser klares politisches Ziel ist es, bis zum Jahr 2000 die Staatsquote von derzeit über 50 Prozent wieder auf 46 Prozent, das Niveau vor der deutschen Wiedervereinigung, zu senken, die Steuerlast für Bürger und Investoren schrittweise zurückzuführen und die Sozialversicherungsbeiträge von heute rund 41 Prozent des Bruttoentgelts auf unter 40 Prozent zu drücken.

Die Bundesregierung hat in den 80er Jahren unter Beweis gestellt, daß dies der richtige Weg zu mehr Arbeitsplätzen ist. Von 1982 bis 1989 ist die Staatsquote von über 50 Prozent auf knapp 46 Prozent zurückgeführt worden, der niedrigste Stand seit 1974. Die Steuer- und Abgabenquote ist von fast 43 Prozent bis 1990 auf gut 40 Prozent gedrückt worden. Die Steuerzahler haben wir in den 80er Jahren um rund 60 Milliarden D-Mark entlastet. Das Ergebnis unserer Politik waren über drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze im Zeitraum von 1983 bis 1992.

Die Wiedererlangung der deutschen Einheit 1990 hat vorübergehend unabsehbare höhere finanzielle Belastungen zur Folge gehabt, um den harten Strukturwandel für die Menschen in den neuen Bundesländern abzufedern und ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen. Seither sind über 600 Milliarden D-Mark in den Aufbau Ost investiert worden. Dieses Geld ist gut angelegt. Es ist eine Abschlagszahlung auf eine gute Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands und es ist ein selbstverständlicher Akt gelebter Solidarität mit denjenigen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht das Glück hatten, in Freiheit zu leben und sich mit eigenen Händen eine gute Zukunft aufzubauen.

IV.

Meine Damen und Herren, ein gutes Klima für mehr Investitionen und Arbeitsplätze ist zugleich beste Voraussetzung für die Zukunftssicherung unseres Sozialstaates. Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Beitragszahler

für unsere sozialen Sicherungssysteme. Mehr Beitragszahler festigen das Fundament zum Beispiel der Rentenversicherung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir vor nachhaltigen Veränderungen des Altersaufbaus unserer Gesellschaft stehen. Der Anteil der älteren Menschen nimmt rasch zu. Gegenwärtig sind rund 15 Prozent unserer Bevölkerung über 65 Jahre alt. Wer heute 30 Jahre alt ist, gehört im Jahre 2030 zur Generation der 65jährigen. Ihr Anteil wird bis dahin auf über 27 Prozent wachsen. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern wird sich also drastisch verändern.

Pflicht und Verantwortung der Politik ist es, angesichts dieser Entwicklung bereits heute über notwendige Konsequenzen zu diskutieren und zu handeln, damit der Generationenvertrag langfristig gesichert werden kann. Die jüngere Generation hat einen Anspruch auf eine verlässliche Perspektive für ihre Alterssicherung. Die Bundesregierung hat deshalb gestern eine Kommission zur Fortentwicklung der Rentenversicherung unter Vorsitz von Bundesarbeitsminister Blüm eingesetzt. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen bis Ende dieses Jahres vorliegen, das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 1997 abgeschlossen sein. Dieser ehrgeizige Zeitplan ist Ausdruck der Entschlossenheit der Bundesregierung, in diesem Schlüsselbereich rechtzeitig klare und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Zur Sicherung des Sozialstaates gehört natürlich auch, die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe, von Arbeitslosenunterstützung und anderen Leistungen kompromißlos zu bekämpfen. Das gleiche gilt dies möchte ich an dieser Stelle ebenso klar sagen für diejenigen, die Steuern hinterziehen oder sich Subventionen erschleichen. Wir müssen überall in unserer Gesellschaft Front machen gegen Trittbrettfahrer, die ohne selber etwas zu tun Leistungen von anderen in Anspruch nehmen.

Wir müssen die Bedeutung einer moralischen Werteordnung für unsere Gesellschaft wieder stärker erkennen und diejenigen ächten, die sich den elementaren Normen für ein menschliches Miteinander verschließen. Als Kinder haben wir von unseren Eltern häufig den Satz gehört: So etwas tut man nicht! Dieser Satz gilt auch für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir müssen uns untereinander darauf verlassen können, daß es eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gibt, die bei der Lösung anstehender Probleme eben nicht den schnellen Vorteil auf Kosten anderer sucht, sondern aus moralischer Überzeugung sagt: So etwas tut man nicht auch wenn es nicht im Gesetz steht und der Staatsanwalt nicht sofort an die Tür klopft.

V.

Meine Damen und Herren, bei der Diskussion über neue Beschäftigungsmöglichkeiten müssen wir stärker über die Frage reden, wo zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können. Der Öffentliche Dienst kann diese Aufgabe nicht übernehmen. Wir wollen den "schlanken Staat", und das bedeutet den Abbau von Verwaltung und Bürokratie. Ebenso wissen

wir, daß die international tätigen Großunternehmen nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie alle Möglichkeiten nutzen, Kosten einzusparen und zu rationalisieren. Auch hier wird die Zahl der Arbeitsplätze daher auf absehbare Zeit kaum wieder steigen.

Motor der Beschäftigung in Deutschland das zeigen uns die Erfahrungen der 50er Jahre ist und bleibt die mittelständische Wirtschaft. Wir brauchen eine breite Gründerwelle im Mittelstand mit Unternehmern, die sich etwas zutrauen, die Ideen haben und Arbeitsplätze schaffen. Dies erreichen wir nur, wenn wir eine neue Kultur der Selbständigkeit durchsetzen. Wir wissen, daß in den nächsten zehn Jahren bis zu 700000 mittelständische Unternehmen, darunter 200000 Handwerker, einen Nachfolger für ihren Betrieb suchen. In vielen Fällen gibt es keinen Nachwuchs oder die Kinder haben kein Interesse, den Betrieb zu übernehmen. Viele Jugendliche nennen als Ursache für die fehlende Bereitschaft zur Selbständigkeit die hohe Arbeitsbelastung eines Unternehmers sowie das gegenüber angestellten Arbeitnehmern höhere Risiko und die geringere soziale Sicherheit.

In dieser Einstellung spiegeln sich nicht zuletzt Versäumnisse unseres Bildungswesens wider. Es erzieht zu sehr zum Sicherheitsdenken und zu wenig zu unternehmerischem Wagemut. Die Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Hochschulabsolventen in den Öffentlichen Dienst eintritt, dagegen keine 15 Prozent ein Unternehmen gründen, illustriert dieses Denken. Dies ist ein konkretes Beispiel, wo wir umdenken müssen. Dazu gehört, junge Menschen, die sich aus eigener Kraft eine Existenz aufbauen und etwas wagen wollen, zu ermutigen und zu motivieren. Ihre Beweglichkeit im Denken und im Handeln ist zum Beispiel ein Vorbild für diejenigen, die sich vor die Herausforderung gestellt sehen, sich von einem Ort zu einem anderen bewegen zu müssen, um weiterhin ihre gewohnte Tätigkeit ausüben zu können. Ich denke in diesem Zusammenhang an manche Begleitumstände der Entscheidung, Berlin zur Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands zu erklären und zum zukünftigen Standort für Bundestag und Bundesregierung zu machen. Flexibilität und Beweglichkeit bedeuten Zukunftsfähigkeit dies müssen wir wieder stärker lernen.

Meine Damen und Herren, der Aufbau einer eigenen Existenz ist natürlich nicht allein eine Frage des richtigen gesellschaftlichen Klimas. Junge Unternehmer brauchen gute Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung hat deshalb einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen in ihrem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossen, um diejenigen, die sich selbständig machen, besser zu unterstützen. Ich erwähne hier nur einen verbesserten Zugang zu Wagniskapital, der Existenzgründern helfen wird, das notwendige Eigenkapital zu bilden. Auch die vorgesehene Unternehmensteuerreform, mit der wir zum Beispiel die substanzverzehrende Gewerbesteuer und betriebliche Vermögensteuer abschaffen wollen, wird Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben. Die Mehrheit des Bundesrates sollte sich bei den dazu anstehenden Entscheidungen nicht in die parteipolitische Ecke manövrieren, sondern

sich daran erinnern, daß das Bekenntnis zum Föderalismus auch bedeutet, Verantwortung für den Gesamtstaat zu übernehmen.

Bessere Rahmenbedingungen für Existenzgründer muß natürlich auch die Wirtschaft selbst schaffen. Ich würde mir zum Beispiel bei den Banken wieder mehr Wagnisbereitschaft wie in der Aufbruchphase unseres Landes in den 50er Jahren wünschen, wenn junge Existenzgründer sich dort um einen Kredit bemühen. Fundament für eine erfolgreiche Existenzgründung ist und bleibt aber vor allem eine solide Ausbildung. Deshalb appelliere ich an alle Unternehmen und ich tue dies mit besonderem Nachdruck an die Adresse der Großbetriebe: Entscheiden Sie sich auch in den nächsten Jahren dazu, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen! Bilden Sie wo immer möglich auch über den eigenen Bedarf hinaus aus! Dies ist zugleich eine moralische Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen. Wir können von ihnen nicht erwarten, daß sie ihre Pflicht gegenüber der Gesellschaft tun die jungen Männer zum Beispiel im Wehr- oder Zivildienst und ihnen gleichzeitig die Eintrittskarte in die Arbeitswelt verwehren.

VI.

Meine Damen und Herren, Sie haben Ihren Wirtschaftstag 1996 unter die Überschrift gestellt: Politische Union und gemeinsamer Markt Perspektiven der Regierungskonferenz 1996. Sie sprechen damit ein Zukunftsthema von zentraler Bedeutung für unser Land an. Die entschlossene Fortführung des europäischen Einigungswerks ist die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Wir Deutschen haben das Geschenk der friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes erhalten, weil unsere Partner sicher sein konnten, daß unser Land fest in Europa eingebettet ist. Wir würden vor der Geschichte versagen, wenn wir uns nach der deutschen Einheit zufrieden zurücklehnten. Wir müssen gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern die Einigung Europas unumkehrbar machen. Wenn wir jetzt beim Bau des Hauses Europa nicht vorankommen, gefährden wir auf Dauer all das, was wir in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben.

Viele beklagen, daß der Zug zum gemeinsamen Europa nicht schnell genug vorankomme und ihm zu viele Hindernisse in den Weg geworfen würden. Natürlich würde ich mir ein schnelleres Tempo wünschen. Entscheidend ist jedoch, daß der Zug Richtung Europa rollt. Daran wird letztlich auch das Ausbrechen einer Rinderkrankheit nichts ändern, mit der alte Ressentiments wieder an die Oberfläche gespült worden sind. Lassen wir uns dadurch nicht den Blick auf das Erreichte verstellen. Am vergangenen Donnerstag habe ich in Paris mit Staatspräsident Chirac darüber gesprochen, daß in Zukunft junge Franzosen einen Teil ihrer Wehrpflicht in der Bundeswehr ableisten und umgekehrt junge deutsche Wehrpflichtige einige Zeit in der französischen Armee dienen können. Wer noch die Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg erlebt und wer wenige Jahre später in der französischen Besatzungszone in Deutschland gelebt hat, hätte von einer solchen Entwicklung damals nicht zu träumen gewagt.

Im August des vergangenen Jahres habe ich der Indienststellung des deutsch-niederländischen Korps in Münster beigewohnt. Holländische und deutsche Rekruten tun dort Seite an Seite Dienst. Der Befehlsgewalt liegt abwechselnd bei deutschen und bei holländischen Kommandeuren. Auch dies hätte vor 50 und auch vor 20 Jahren kaum jemand vorherzusagen gewagt angesichts der schrecklichen Taten, die in den Niederlanden in deutschem Namen begangen worden sind wer von Ihnen das Tagebuch der Anne Frank gelesen hat, weiß das. Diese im Verlauf zweier Generationen Wirklichkeit gewordenen Schritte für ein dauerhaftes Miteinander machen deutlich, daß Europa eben nicht der Begriff für die Bewältigung einer Tierseuche, sondern die lebendige Vision für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert ist. Natürlich darf uns das Erreichte nicht zu dem Irrglauben verführen, wir könnten uns bequem zurücklehnen. Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sie müssen täglich neu gesichert werden. Als ich zum Beispiel das vorletzte Mal beim Wirtschaftsrat gesprochen habe, hätte niemand im Saal es für möglich gehalten, daß es mitten in Europa, im ehemaligen Jugoslawien, wieder Krieg geben könnte. Mord, Folter, Vergewaltigung, ethnischer Haß diese schlimmen Auswüchse der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, von denen wir glaubten, sie würden nie wieder vorkommen, haben sich nur wenige Flugstunden von hier ereignet. Ich erinnere auch an die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages im Oktober 1925. Gustav Stresemann und Aristide Briand haben dafür den Friedensnobelpreis bekommen. Die Menschen dachten damals, der Friede sei gesichert. Es schien undenkbar, was wenige Jahre später schlimme Realität wurde. Acht Jahre nach Locarno kam Hitler an die Macht, weitere sechs Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus.

Diese bitteren Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß das europäische Einigungswerk die wirksamste Versicherung gegen einen Rückfall in Chauvinismus und Krieg ist. Deswegen müssen wir jetzt alles daran setzen, das gemeinsame europäische Haus stabil und wetterfest zu bauen, damit es den Stürmen des 21. Jahrhunderts standhalten kann, die Menschen sich dort geborgen und zu Hause fühlen. Wir müssen lernen, unvermeidlichen gelegentlichen Streit friedlich nach gemeinsamen Regeln im Haus auszutragen und nicht auf der Straße. Dazu gehört beispielsweise, daß wir Deutschen als größtes Land in der Europäischen Union lernen, daß wir überstimmt werden können. Ich weiß, daß uns dies nicht leicht fällt, aber wir sollten uns daran erinnern, daß es anderen ebenso ergeht.

VII.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Europa auch deshalb, weil wir die großen Aufgaben unserer Zeit zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik nicht im nationalen Alleingang lösen können. Die zunehmende Globalisierung der Märkte, der immer schärfere Standortwettbewerb zwischen Ländern und Regionen um Investoren und Arbeitsplätze erfordern ein gemeinsames Handeln der Europäer. Mit dem europäischen Binnenmarkt haben wir dafür eine gute Grundlage geschaffen. Seit dem 1. Januar 1993 gibt es einen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum für mehr

als 370 Millionen Menschen ohne Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Damit ist das "Europa der 15" zu einem der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt zusammengewachsen, neben der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA mit 360 Millionen und dem ASEAN-Raum mit 320 Millionen Menschen.

Aber auch hier gilt der Grundsatz, daß Stillstand Rückschritt wäre. Mit einer gehobenen Freihandelszone ist die Zukunft nicht zu gewinnen. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine wichtige und notwendige Ergänzung des Binnenmarktes. Mit der gemeinsamen europäischen Währung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß Europa als Gemeinschaft für Stabilität und Wohlstand weiter zusammenwächst. Dafür ist es unverzichtbar, daß die neue Währung genauso stabil ist wie die D-Mark. Deshalb müssen die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht ohne Wenn und Aber eingehalten werden. Dies ist für die Deutschen, die in diesem Jahrhundert zweimal die Zerstörung ihrer Währung erlebt und ihre gesamten Ersparnisse verloren haben, von besonderer Bedeutung. Für viele ist die D-Mark zu einem nationalen Symbol geworden, ein greifbares Stück Deutschland noch vor Gründung der Bundesrepublik und noch bevor es Nationalflagge und Hymne gab.

Meine Damen und Herren, auch in der Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Bereich der inneren Sicherheit müssen wir in Europa weiterkommen. Das internationale Treiben der Mafia und anderer Verbrechersyndikate zum Beispiel macht ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene unerlässlich. Die Bürger Europas haben einen Anspruch darauf, daß ihre Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet bleibt. Dies ist dies füge ich sogleich hinzu kein Ruf nach dem starken Europa, das alles und jedes regelt und letztendlich an einem Übermaß an Bürokratie erstickt. Ich plädiere leidenschaftlich für ein bürgernahes Europa. Das Prinzip der Subsidiarität muß umgesetzt und gesichert werden. Entscheidungen sollen so nah wie möglich bei den Betroffenen fallen. Dazu gehört für mich, daß die Gemeinde als erste und wichtigste Einrichtung für den Bürger auch in Europa ihren eigenen Rang erhält.

Meine Damen und Herren, das Fundament des gemeinsamen Hauses Europa ist seine kulturelle Einheit in Vielfalt. Die Menschen und Völker unseres Kontinents sind verbunden durch eine gemeinsame Geschichte, durch gemeinsame Werte und Traditionen. Wir sollten uns wieder stärker auf unsere europäische Identität besinnen. Die europäische Identität dies haben manche in den Jahrzehnten der Teilung unseres Kontinents vergessen endet nicht an Oder und Neiße. Prag und Budapest, Warschau und Krakau sind mitteleuropäische Städte. Europa ist ihre Heimat. Das Haus Europa muß offen sein für diejenigen, die dort in dieser Gesinnung wohnen wollen. Natürlich müssen sie dafür selbst die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen dafür Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Gerade Deutschland, das Land in der Mitte Europas mit den meisten Nachbarstaaten, hat daran ein großes Interesse. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen, an Oder und Neiße, wird nur dann auf Dauer keine neuen Probleme schaffen, wenn sie dieselbe alltägliche Normalität gewinnt wie die deutsch-französische Grenze zwi-

schen Schwarzwald und Vogesen, zwischen Pfalz und Elsaß. Dies zu erreichen, ist unsere Aufgabe.

VIII.

Meine Damen und Herren, im Rückblick auf die vergangenen Jahrzehnte und an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert können wir heute feststellen, daß wir allen Grund zu einem realistischen Optimismus haben. Deutschland ist ein hochangesehenes Land, das Freundschaft und Partnerschaft wie nie zuvor in diesem Jahrhundert genießt. Diesen Eindruck können wir selbst dadurch nicht verwischen, daß wir uns über Wochen hinweg vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit großer Hingabe der zentralen Frage der deutschen Gegenwart widmen, ob in Deutschland an Samstagen die Geschäfte um 14.00 Uhr, um 15.00 Uhr oder um 16.00 Uhr geschlossen werden müssen. Bei allem Verständnis für unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema stelle ich mir doch die Frage, ob hier die Reihenfolge der Prioritäten noch angemessen ist.

Das Ansehen und das Wohlwollen, das uns entgegengebracht wird, habe ich kürzlich bei meinem Besuch in den USA erlebt. Vor 30 Jahren haben sich dort in Umfragen rund 15 Millionen Menschen als deutschstämmig bezeichnet. Heute sind es auf einmal weit über 50 Millionen Amerikaner, die sich zu ihren deutschen Wurzeln bekennen. Sie sind wieder stolz auf ihren Urgroßvater aus dem Hunsrück, aus dem Odenwald oder aus Münster. Natürlich geht es nicht darum, bestehende Probleme gesund zu beten oder zu verharmlosen. Ich möchte aber jenem törichtem Kulturpessimismus ganz entschieden entgegentreten, der Selbstvertrauen untergräbt und Kräfte lähmt, statt die Menschen zu ermutigen. Wir haben großartige Zukunftschancen, die wir entschlossen nutzen sollten. Dazu will ich Sie herzlich einladen!

Quelle: Bulletin der Bundesregierung. Nr. 56. 1. Juli 1996.